



Nationalbank soll klimafreundlich investieren

Die Klima-Allianz kritisiert, die Nationalbank befeure mit ihrer Anlagepolitik den Klimawandel. Nun fordert sie eine Korrektur.

Stefan Häne

Wird an der Börsenstrasse 15, unweit des Zürcher Paradeplatzes, künftig nicht nur Geldpolitik, sondern auch Klimapolitik gemacht? Um diese Frage dreht sich eine Kontroverse, die am Donnerstag die Schweizerische Nationalbank (SNB) erreicht. An diesem Tag wird die Klima-Allianz der SNB an deren Sitz in Zürich ein «Klimaschutz-Memento» übergeben. Die Forderung, die der Verbund aus 73 Organisationen sowie der Parteien SP, Grüne und GLP stellen: Die Nationalbank soll aus ihren Investitionen in Kohle, Erdöl und Erdgas aussteigen. Dasselbe wird die Aktionärsgruppe Assemblée des Actionnaires Actifs Positifs an der SNB-Generalsammlung vom 28. April in Bern verlangen.

In einem ersten Schritt soll die SNB die CO₂-Emissionen ihres gesamten Portfolios ermitteln und veröffentlichen und sodann ein Ausstiegsszenario entwickeln. Dies sei nur «mit geringem Aufwand verbunden», heisst es in einem of-

fenen Brief an das SNB-Direktorium. Unterzeichnet haben das Schreiben mehr als 130 Personen, nicht nur aus NGO-Kreisen, sondern auch aus der Wissenschaft, etwa der Klimaforscher Heinz Wanner oder Marc Chesney, Leiter des Instituts für Banking und Finance der Universität Zürich. Sie werden bis heute unterstützt durch über 1600 Teilnehmer einer Onlinepetition.

Im Widerspruch zu Paris

Die Klima-Allianz stützt sich auf das Nationalbankgesetz. Dieses verpflichtet die SNB, die Geld- und Währungspolitik «im Gesamtinteresse des Landes» zu führen. Dazu gehört nach Ansicht der Klima-Allianz, eine Anlagepolitik zu betreiben, die mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibel ist. Sprich: Die SNB muss ihre Finanzströme so umlenken, dass die Erderwärmung auf unter zwei Grad begrenzt bleibt. Doch just dies tue die SNB nicht, kritisiert der Verbund. Mit ihren Anlagen in Unternehmen der fossilen Industrie nehme sie vielmehr eine Klimaerwärmung von vier bis sechs Grad in Kauf.

Die Klima-Allianz beruft sich auf eine Studie der Beratungsfirma South Pole Group, die eine Westschweizer Umweltorganisation in Auftrag gegeben hat. Der Befund: Die Nationalbank investiere 10,8 Prozent ihres US-Aktienportfolios im Wert von rund 61,5 Milliarden Dollar in börsenkotierte Unternehmen der fossilen Industrie. Werde der CO₂-Ausstoss, den diese Firmen verursachten, anteil-

mässig diesen US-Aktien zugeordnet, verantwortete die SNB einen Treibhausgasausstoss im Umfang der jährlichen Emissionen der Schweiz.

Warnung vor Einfluss der Politik

Die Nationalbank äussert sich weder zur Forderung noch zur Plausibilität der Schlussfolgerungen der Studie. Die SNB schreibt auf Anfrage, sie investiere Index-basiert, das heisst, Aktien werden im gleichen Verhältnis wie in einem Index gehalten, der den Gesamtmarkt abdeckt. «Wir nehmen daher keine Titelselektion vor.» Es gibt allerdings Ausnahmen. So schliesst die SNB nach eigenen Angaben unter anderem Titel von Unternehmen aus, die «systematisch gravierende Umweltschäden» verursachen. Dass die Erschliessung und Förderung neuer Vorkommen von Kohle, Öl und Gas ebensolche Schäden mit sich bringe, bezeichnet die SNB als eine «Interpretation (...), die wir nicht teilen».

Die Forderung der Klima-Allianz stösst bei Mitte-rechts auf Ablehnung. «Es wäre falsch, wenn die Politik in die Anlagestrategie der SNB dreinreden würde», sagt SVP-Nationalrat Thomas Aeschi. Auch CVP-Ständerat Peter Hegglin zeigt sich kritisch: Die SNB sei verantwortlich für die Geld- und Währungspolitik. Es sei daher «falsch, ihr weitere gesellschaftspolitische Anliegen aufzutragen und mit dem Grundauftrag zu vermischen».